

# ***Transnationale Solidarität als Herausforderung - Kampagnen an der Schnittstelle von antirassistischen sowie klima- und landwirtschaftspolitischen Netzwerken zwischen Europa und Afrika***

Dieter A. Behr

## **1. Einführung**

Anfangen mit dem Algerienkrieg Ende der 1950er Jahre hat die Solidarität mit antikolonialen Befreiungsbewegungen in afrikanischen Ländern mindestens 30 Jahre lang eine wichtige Rolle in der westeuropäischen Internationalismus-Bewegung gespielt. Am breitesten verankert dürften wohl die diversen (Boycott-) Kampagnen gegen das südafrikanische Apartheidregime in den 1980er Jahren gewesen sein. Nach 1989 ist davon wenig übrig geblieben, selbst in der globalisierungskritischen Bewegung kommt Afrika bis heute oftmals lediglich als Katastrophen-Kontinent vor. Umso erfreulicher ist es, dass sich das Blatt allmählich wendet – zumindest in antirassistischen sowie klima- und landwirtschaftspolitischen Netzwerken sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Kontakte bzw. Kooperationen zwischen Basisinitiativen in Afrika und Europa entstanden. Der Input befasst sich aus der Perspektive konkreter Kampagnenarbeit mit der Fragestellung, wie Gehversuche einer Linken, die an konkreten transnationalen Kooperationen und Kampagnen interessiert ist, in Zeiten von Klimawandel, europäischem Grenzregime und transnational operierenden Konzernen aussehen können.

Dabei wird vor allem auf Erfahrungen der NoBorder-Kampagnen rund um Grenzcamp und Protesten gegen die Grenzschutzagentur Frontex zurückgegriffen, des Weiteren auf Solidaritätskampagnen mit migrantischen LandarbeiterInnen (z.B. im Süden Spaniens) sowie auf geplante Kampagnen mit marokkanischen und westafrikanischen antirassistischen Organisationen wie z.B. der in Bamako beheimateten AME („Association Malienne des Expulsés“ - Vereinigung der Abgeschobenen Malis).

Diese Auswahl ist nicht zufällig, da die Koordinaten für transnationale Kooperationen von unten zwanzig Jahre nach dem Ende der traditionellen Internationalismus-Bewegung zweifelsohne neu bestimmt werden müssen. Parolen für den „Sieg im Volkskrieg“ sind passé – grundlegende Umbrüche in einzelnen Ländern wie z.B. Bolivien sind zur Ausnahme geworden - simplifizierende Gut-Böse Weltbilder und die Verherrlichung des bewaffneten Kampfs haben heute nur mehr einen grotesken, mithin absurden Anstrich.

Dennoch ist zu kritisieren, dass das Implodieren der Internationalismus-Bewegung in den 90er Jahren in weiten Teilen der Linken hierzulande zu einer Weltvergessenheit geführt hat, die nur durch wenige Ausnahmen – Stichwort Chiapas-Solidarität – herausgefordert wurde. Selbst in

antirassistischen Zusammenhängen war lange Zeit der Fokus auf die Situation von MigrantInnen in den so genannten „Aufnahmeländern“ bestimmend, sodass strukturell aus dem Blick geriet, welche Ursachen überhaupt bestimmt werden können, wenn von Flucht und Migration die Rede ist.

In migrationspolitischen Zusammenhängen zwischen Europa und Afrika wurde in den letzten Jahren jedoch gegengesteuert. Um eine diskursive Bresche zu schlagen wurde der Slogan geprägt: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“ Denn ob es sich um den schwindelerregenden „land-grab“ in der D.R. Congo, die Überfischung der Küstengewässer vor dem Senegal durch europäische Fischfangflotten, Strukturanpassungsprogramme, erzwungen durch den IWF, Billigimporte von Lebensmitteln aus der EU und nicht zuletzt um die Auswirkungen des Klimawandels auf die kleinbäuerliche Produktion in vielen (west-)afrikanischen Ländern handelt: es ist mehr als naheliegend, dass bei antirassistischen Kämpfen in Europa sowie bei Kampagnen für Bleiberecht und Legalisierung die Umstände, die Menschen dazu zwingen, ihre Länder zu verlassen, in Rechnung gestellt werden müssen. Solch eine transnationale Perspektive ist gerade deshalb wichtig, weil damit der Raum geöffnet wird, einen solidarischen Bezug zu sozialen Bewegungen in den so genannten Herkunftsländern von MigrantInnen aufzubauen. In diesem Sinne können Kämpfe der Migration als Aneignungskämpfe gesehen werden, die das globale Ausbeutungsgefälle zwischen Süden und Norden herausfordern. Lokale Kämpfe um den Zugang zu Wasser, Land, Saatgut, Bildung usw., die im globalen Süden geführt werden, können auf diese Weise begriffen werden, ohne paternalistische Konzepte traditioneller westlicher NGOs anzuwenden. Dies wurde in den letzten beiden Jahrzehnten eindrucksvoll von der internationalen KleinbäuerInnen- und Landlosenorganisation „Via Campesina“ gezeigt. Migrantische Arbeit in europäischen Ländern und die „Organisierung der Unorganisierbaren“, in Zusammenhang mit antirassistischen Kämpfen und Legalisierungskampagnen stellen ein weiteres Schlüsselement für transnationale Zusammenarbeit von unten dar.

### *Aufbau*

In einem ersten Schritt soll ausführlicher argumentiert werden, aus welchen Gründen eine politische Neuverortung transnationaler Solidarität unbedingt notwendig ist und welche Parameter dafür berücksichtigt werden sollten.

Im zweiten Schritt sollen exemplarisch die Erfahrungen aus 10 Jahren Solidaritätskampagne mit der andalusischen LandarbeiterInnengewerkschaft SOC behandeln werden. Diese Gewerkschaft organisiert im berühmten „Plastikmeer“ von Almeria papierlose migrantische ArbeiterInnen, mittels deren Arbeitskraft jährlich Millionen Tonnen von Gemüse für den europäischen Markt produziert werden.

Drittens soll über laufende transnationale Kampagnen in den so genannten „Herkunftsländern“ der ArbeitsmigrantInnen berichtet werden, mit denen der Autor aktuell befasst ist. Dabei liegt der Fokus auf Marokko, Mali und Senegal und im speziellen auf der für Frühjahr 2011 angesetzten „Karawane für Bewegungsfreiheit und Klimagerechtigkeit“ von Bamako zum Weltsozialforum nach Dakar.

## **2. Zur Notwendigkeit der politischen Neuverortung transnationaler Solidarität**

Bereits mittels der verwendeten Begriffe im Titel des Inputs wird es angedeutet: globale Solidarität sollte – 20 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation - politisch neu bestimmt werden: Denn – ohne Wortklauberei betreiben zu wollen – es ist mit Sicherheit ratsam, zu prüfen, was unter Solidarität als der „Zärtlichkeit der Völker“ (Che Guevara) heute eigentlich noch verstanden werden kann. Eine Vielzahl sozialer Kämpfe stellt genau die Identifizierung sozialer Auseinandersetzung nach den Kategorien „Volk“ und „Nation“ in Frage – und das auch in Ländern des globalen Südens. Der Begriff „transnationale Solidarität“ stellt einen Versuch dar, diese Kategorien zu überwinden. Für die Unabhängigkeitsbewegungen von den 50ern bis zum Ende der 80er Jahre mögen diese mit Sicherheit eine große Rolle gespielt haben, ihre Aktualität ist jedoch heute fraglich. Die diesbezüglichen Überlegungen sollten auch in Rechnung stellen, welche Fehler den verschiedenen Phasen der Internationalismus-Bewegungen zuzurechnen sind und wie aus selbigen gelernt werden kann – selbstredend sollte das ohne zynische Abgrenzungsbestrebungen oder Besserwisserei vonstatten gehen.

Wie bereits angedeutet, ist die Liste der Fehler und Trugschlüsse lang: Glorifizierung nationaler Befreiungsbewegungen, Fetischisierung des bewaffneten Kampfes, simplifizierende Gut-Böse-Weltbilder mit Amerika als Hauptfeind, antisemitisch aufgeladener Antizionismus, fehlender Bezug auf soziale Auseinandersetzungen im Norden sind nur einige Schlagwörter.<sup>1</sup> Zudem musste zur Kenntnis genommen werden, dass es in verschiedenen Ländern, in die die Internationalismus-Bewegungen große Hoffnungen gesetzt hatten, zu monströsen Fehlentwicklungen gekommen war: In Vietnam, Kambodscha, Mosambik, oder Äthiopien wurde hinreichend deutlich, wozu scheinbar progressiv ausgerichtete Befreiungsbewegungen in der Lage sind – oft schon während des Befreiungskampfes, spätestens aber nach Erlangung der staatlichen Macht.

Bei allen Irrungen und Wirrungen steht allerdings fest, dass der Kollaps internationalistischer Praxis nach 1989 ein handfestes politisches Desaster war – und das aus mindestens drei Gründen: Erstens

---

1 Wenn es um die Internationalismus-Bewegung geht, sollte allerdings nicht aus dem Blick geraten, dass es sich zu keinem Zeitpunkt um ein homogenes Gebilde gehandelt hat: Zu berücksichtigen ist nicht nur, dass es stets unterschiedliche, sich vielfältige überlappende Strömungen gegeben hat – von AntiimperialistInnen unterschiedlicher Couleur über Moskau-treue TraditionskommunistInnen, die Kirchen, das BUKO-Spektrum bis hin zu autonomen bzw. sozialrevolutionären Strömungen, letztere vor allem im Rahmen der Mobilisierung gegen den IWF-Gipfel 1988 in Berlin. Viele der im neueren Internationalismus vorgenommenen Richtungsänderungen sind schließlich seit 1994 durch den Aufstand der Zapatistas in Mexico nochmal auf ein völlig neues Niveau gehoben worden – insbesondere durch ihre Weigerung, die Erringung staatlicher Macht als emanzipatorische Zielsetzung zu betrachten.

weil Herrschaft und Gewalt immer seltener im globalen Zusammenhang betrachtet wurden. Problematisch war insbesondere, dass ein empirisch unterfüttertes Verständnis für das Wechselspiel zwischen gelingender Kapitalakkumulation in den Zentren und aggressiver Peripherisierung ganzer Weltregionen zunehmend Flöten gegangen ist. Aber auch konkrete, unmittelbar damit verknüpfte Themen wurden Schritt für Schritt marginalisiert bzw. stillschweigend an NGOs delegiert – ob Hunger, Verschuldung oder fehlende Gesundheitsversorgung. Zweitens weil Emanzipation und Widerstand nur noch vereinzelt als ein notwendigerweise in transnationalen Organisationsprozessen verankertes Projekt bestimmt wurde. Schlimmer noch: Die Vielfalt und Stärke sozialer Bewegungen im globalen Süden verschwand weitgehend von der mentalen Landkarte, auch unter Bündnisgesichtspunkten – hinzu kam, dass viele der in den 1970er und 1980er Jahren entstandenen Kooperationen zwischen südlichen und nördlichen Basisinitiativen eingeschlafen sind. (eine Ausnahme bildete die in den 90er Jahren vergleichsmäßig starke Bewegung PGA – people's global action). Drittens weil die oftmals apokalyptisch anmutenden Existenzbedingungen in der Peripherie kaum noch als Skandal geschweige denn Handlungsaufforderung begriffen wurden – weder intellektuell noch emotional. Im Gegenteil: Jegliche Ansätze internationalistische bzw. globale Solidarität wurde immer öfter ohne zu differenzieren als karitativer Schmarren, regressive Kapitalismuskritik oder romantisierende Lobhudelei nationalistischer Befreiungsbewegungen denunziert. Und das nicht zuletzt mit der bitteren Konsequenz, dass die jahrzehntelang heiß diskutierte Frage zunehmend ins Abseits geraten ist, inwiefern es aus Gründen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit geradezu zwingend ist, den materiellen Lebensstandard im globalen Norden massiv abzusenken und umgekehrt eine grundlegende Neubestimmung dessen vorzunehmen, was unter einem gutem Leben und somit gesamtgesellschaftlicher Entwicklung als solcher zu verstehen ist.

Aus diesem Plädoyer ergibt sich im nächsten Schritt, dass relevante Bezugsgrößen heute weniger linke Regierungen sind, – mit einzelnen Ausnahmen wie z.B. Bolivien – als vielmehr staatsunabhängige soziale Bewegungen: Rund um den Globus kämpfen Menschen um politische, zivile und soziale Rechte und sind dabei vielfältig organisiert – sei es, dass sie sich für einen freien Zugang zu Land, Wasser, gesundheitlicher Versorgung, politischer Teilhabe etc. stark machen, oder sei es, dass sie sich gegen Privatisierungen, Freihandelsabkommen, Zulassung von gentechnisch manipuliertem Saatgut, Strukturanpassungsprogrammen etc. zur Wehr setzen, also gegen Maßnahmen, die gemeinhin eine Verschlechterung ihrer Situation darstellen. An diesem Punkt ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es nicht nur politisch artikulierte Kämpfe sind, die Aufmerksamkeit verdienen; auch individuelle Aneignungsstrategien, wie sie beispielsweise in den Kämpfen der Migration zutage treten, sollten ernst genommen werden. Dies aus dem simplen, aber

bedeutsamen Grund, da eine Verschiebung gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ohnehin nur möglich ist, wenn die verschiedenen Kraftfelder in großem Stil zusammenwirken. Diese Erkenntnis setzte sich in der alten Internationalismus-Bewegung lange Zeit nicht durch, da ausschließlich die Erringung der Staatsmacht als politisch aussichtsreich empfunden wurde und oftmals alle Kräfte genau darauf konzentriert wurden.

Eine weitere entscheidende Frage lautet, wie globale Solidarität jenseits paternalistischen Fürsprache oder StellvertreterInnenpolitik aussehen kann. Wie lassen sich partikulare politische Kämpfe, die aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen resultieren überhaupt verbinden ohne sie zu vereinnahmen oder gleichzumachen?

Als gelungene Versuche aus den letzten beiden Jahrzehnten können nicht zuletzt diverse NoBorder-Camps oder verschiedene NoLager- bzw. Bleiberechtskämpfe gelten, in denen es immer wieder gelungen ist, trotz erheblicher Unterschiede in der sozialen Ausgangssituation gleichberechtigte und stabile Beziehungen zu entwickeln. Das setzt allerdings voraus, offen mit Unterschieden umzugehen, also immer wieder Organisationsdruck und Tempo rauszunehmen und sich respektvoll auf die Realitäten des Gegenüber einzulassen. Denn nur so kann Vertrauen und langfristig gemeinsame Handlungsfähigkeit entstehen. Zudem sollte auch berücksichtigt werden, dass der Geldbeutel oder Pass nicht der einzige Maßstab für gleiche Augenhöhe ist. Genau so wichtig ist die Vielfalt der jeweiligen Erfahrungen der beteiligten AktivistInnen. Denn sie ermöglicht so etwas wie Gleichheit in der unmittelbaren Kommunikation, vor allem wenn es um Fragen kollektiver Kämpfe oder Zukunftsgestaltung geht. Es würde insofern auch zu kurz greifen, transnationale Organisation lediglich als bloße Notwendigkeit zu bestimmen. Vielmehr handelt es sich um spannende und horizonterweiternde Lernprozesse, also um die Herstellung hybrider Widerstandskulturen!

### **3. Zehn Jahre Solidarität mit der migrantischen LandarbeiterInnengewerkschaft SOC im „Plastikmeer von Almería“, Südspanien**

Rund um den Globus zählen MigrantInnen wohl zu denjenigen Beschäftigten, die dem stärksten Ausbeutungsdruck ausgesetzt sind, und das nicht erst seit dem Beginn der Krise vor mehr als zwei Jahren. In europäischen Gefilden ist diese Tatsache in den Sektoren der Pflege, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten zu beobachten. Charakteristisch für diese Arbeitsverhältnisse ist die relative rechtliche Schutzlosigkeit der Lohnabhängigen und die daraus resultierende Abhängigkeit vom Gutdünken der ArbeitgeberInnen. Profit wird geschlagen auch aus der Unsicherheit und Unkenntnis der mitunter undokumentiert Arbeitenden - Sozialabgaben oder gleich der ganze Lohn wird einbehalten, selbst minimale Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz werden

ignoriert - das ist es, was migrantische Arbeit neben der ohnehin üblichen Unterbezahlung so günstig macht. Werden steuerliche oder migrationspolitische Maßnahmen einzelner Staaten darauf ausgerichtet, geschickt mit der Ware migrantischer Arbeitskraft zu spekulieren und wenig oder keine Zugeständnisse in Bezug auf die rechtlichen Gleichstellung von MigrantInnen zu machen, steigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Diese Umstände sind insofern für eine Praxis globaler Solidarität auf der Höhe der Zeit in hohem Grad relevant, als sich beim Thema Arbeit und Migration oftmals globale Ungleichverhältnisse und soziale Antagonismen verdichten, die auch auf die Situation in den Herkunftsländern der MigrantInnen rückschließen lassen. Die südspanischen Provinz Almería gilt zurecht als Ort, an dem diese Auseinandersetzungen besonders bedeutsam sind:

Die LandarbeiterInnen-Gewerkschaft SOC (Sindicato de los Obreros del Campo) arbeitet in der südspanischen Provinz Almeria seit 10 Jahren daran, die Arbeitsbedingungen für die häufig illegalsierten Hilfskräfte in der Gemüseproduktion vor Ort zu verbessern - und bekämpft den lokalen Rassismus. Außerdem versucht sie, gewerkschaftliche Verbindungen in die Herkunftsländer der MigrantInnen zu knüpfen.

Zentral ist dabei die Tatsache, dass die hauptamtlichen SOC-GewerkschafterInnen meist selbst migrantischen Hintergrund haben – sie stammen aus Marokko, Senegal und Argentinien - , die jeweiligen Sprachen der ArbeiterInnen sprechen und zudem selbst, oft über Jahre, in den Gewächshäusern der Region schufteten.

Laut Schätzungen der Gewerkschaft, die im Vergleich zu den zwei großen Gewerkschaften CC.OO. und UGT als marginalisiert bezeichnet werden kann und keine öffentlichen Förderungen erhält, arbeiten im berüchtigten „Plastikmeer von Almeria“ ca. 150.000 migrantische LandarbeiterInnen. Sie pflegen ernten und verpacken das Gemüse, das in den Supermärkten Europas vor allem während der Wintermonate verkauft wird. Insgesamt schätzt die SOC die Ausdehnung der Gewächshäuser in Almeria auf 35.000 ha, womit Almería mit Abstand die größte zusammenhängende Fläche von Plastikgewächshäusern in Europa besitzt. In der Hauptsaison rollen täglich bis zu 1000 LKWs Richtung Supermärkte in den Norden Europas.

Seit dem Beginn des Engagements der Gewerkschaft nach den rassistischen Ausschreitungen, die im Februar 2000 in der Region stattgefunden hatten, wird die kleine lokale SOC-Gruppe auch von einem breiten Bündnis an zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften aus ganz Europa unterstützt, allen voran vom Europäischen BürgerInnenforum (EBF - <http://www.forumcivique.org/>). Dies vor allem aus dem Grund, da der Gemüseanbau in Almeria und die Beschäftigung von migrantischen LandarbeiterInnen als „neuralgischer Punkt“ der europäischen Landwirtschaft bezeichnet werden kann. Aber auch die schlechten

Arbeitsbedingungen und die Prekarisierung der ArbeiterInnen sind „paradigmatisch“ für den gesamten Sektor der industriellen Gemüseproduktion in Europa - sie haben in Almeria lediglich ihr extremstes Ausmaß gefunden (in letzter Zeit sind weitere Skandale mit vergleichbarem Charakter an die Öffentlichkeit gedrungen, beispielsweise der Aufstand der afrikanischen MandarinenpflückerInnen im süditalienischen Rosarno).

Die erwähnte Allianz zwischen lokalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Gewerkschaften hat bereits sehr bald nach dem Beginn ihres Engagements in Almeria die Rolle von Supermärkten und Discountern für Ausbeutung und Umweltzerstörung in Almeria thematisiert. Sind es doch die Einkaufspraktiken der großen Einzelhandels-Konzerne, die eine brutale Preisdrückerei verursachen und immer weiter „nach unten“ fortsetzen. Es hat sich erwiesen, dass in letzter Instanz die Löhne und Arbeitsbedingungen aus dieser Preispolitik resultieren. Ein Tageslohn für acht Stunden Arbeit im Gewächshaus pendelt momentan zwischen 20,- und 35,- Euro - tariflich zugesichert sind 44,40 Euro. Aktuell sind der SOC zudem zahllose weitere Verstöße gegen geltendes Arbeitsrecht bekannt. Arbeitsunfälle sind an der Tagesordnung, die Illegalisierten sind nicht nur gesundheitsschädigenden und gefährlichen Praktiken bei der Arbeit (ungeschützter Pestizideinsatz, hohe Temperaturen in den Gewächshäusern) ausgesetzt, es fehlen auch menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten und sanitäre Anlagen. Die SOC betreibt daher arbeits- und ausländerrechtliche Beratung und arbeitet politisch auf die Einhaltung von Mindest-Sozialstandards hin.

Europäische Solidaritätsarbeit spielt für die Arbeit der Gewerkschaft eine herausragende Rolle: Über den Zeitraum von mittlerweile zehn Jahren wurde in Ländern, die zu den Hauptabnehmern von Gemüse aus Almeria zählen, politischer Druck aufgebaut, wenn es zu Repression oder rassistischen Angriffen gegen Mitglieder der SOC kam. Des Weiteren wurde über die Jahre konsequent Geld gesammelt, um den Aufbau von sozialen Zentren zu ermöglichen, die den MigrantInnen als Ort der Selbstorganisation dienen sowie um gewerkschaftliche Ausbildungsarbeit zu finanzieren.

Kritik am herrschenden Landwirtschafts-Modell sowie Solidarität mit der SOC wurde v.a. vor dem Hintergrund formuliert, dass es billiges Wintergemüse nach wie vor nur zum Preis der konsequenten Missachtung von ArbeiterInnenrechten in Almeria (und anderen Intensiv-Region, siehe Rosarno, Süditalien), aber auch an jeder einzelnen Station der oft zitierten Wertschöpfungskette gibt: in den Abpackbetrieben, in den Logistik-Unternehmen, beim LKW-Transport und schließlich bei Lidl an der Kasse. Entsprechend dieser Analyse wurden auch Allianzen mit der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di geknüpft, die vor einigen Jahren eine Kampagne gegen die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken von Lidl organisierte.

Das Beispiel Almería zeigt, dass transnationale Solidarität sich heute nicht zwangsläufig einseitig

zwischen Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens abspielen muss. Vielmehr wird gerade durch die selektive Inklusion von MigrantInnen als Arbeitskräfte in die Ökonomie wohlhabender Länder eine neue „globale Apartheid“ geschaffen, die mit sich bringt, dass an unterschiedlichsten Orten des Globus Verdichtungen von enormen Ungleichverhältnissen festgestellt werden können – so in Almeria.

#### **4. Transnationale Kampagnen zwischen Europa und Afrika: „Karawane für Bewegungsfreiheit und Klimagerechtigkeit“ von Bamako zum Weltsozialforum nach Dakar**

In der Entwicklung migrationspolitischer aktivistischer Zusammenhänge zwischen Europa und Afrika markierte das Jahr 2005 einen tragischen Wendepunkt: damals stürmten hunderte MigrantInnen aus Ländern südlich der Sahara die Grenzzäune der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Mehrere Menschen starben durch die Kugeln spanischer und marokkanischer Grenzpolizisten.

In 5 Jahren nach diesem Ereignis haben sich in Marokko vielfältige zivilgesellschaftliche Strukturen herausgebildet, von Sans Papiers-Organisationen nach dem Vorbild französischer Gruppen bis hin zu linken NGOs wie der ABCDS in der ostmarokkanischen Stadt Oujda, die nach dem Jahr 2005 hunderte Flüchtlinge, die an die algerische Grenze rückgeschoben wurden, aufgenommen hat.

In Mali kämpft die bereits erwähnte Organisation AME, die unter anderem von der Hilfsorganisation *medico international* unterstützt wird, unter ähnlichen Vorzeichen. Dass das Thema Migration und Menschenrechte an der Schnittstelle zwischen (West-) Afrika und Europa auch in der hiesigen öffentlichen Debatte an Brisanz gewonnen hat, zeigen u.a. breit rezipierte journalistische Arbeiten von Corinna Milborn („Gestürmte Festung Europa“) oder Fabrizio Gatti („Bilal – als Illegaler auf dem Weg nach Europa“).

In den letzten Jahren hat sich die Zusammenarbeit zwischen genannten Organisationen im Süden und bewegungspolitisch orientierten NGOs und aktivistischen Zusammenhängen in Europa intensiviert. Gemeinsame Stationen waren beispielsweise das polyzentrischen Weltsozialforum im Jänner 2006 in Bamako/Mali, die breit angelegten Proteste gegen den g8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007, das Klima- und Antira- Camp in Hamburg im August 2008, das NoBorder Camp in Lesbos im August 2009, das antirassistische und antikoloniale Festival in Jena Anfang Juni 2010, das "in Erinnerung an die Toten der Festung Europa" veranstaltet wurde, sowie das NoBorder Camp in Brüssel, das Anfang Oktober diesen Jahres stattfand.

Anfang nächsten Jahres soll die transnationale Vernetzung antirassistischer Initiativen zwischen Europa und Afrika in die nächste Etappe gehen: Vom 26. Januar bis 12. Februar 2011 wird eine Karawane für Bewegungsfreiheit von Bamako/Mali nach Dakar/Senegal unterwegs sei – mit dem

11. Weltsozialforum in Dakar als letzter Etappenstation. Erwartet werden zwischen 200 und 400 Beteiligte, überwiegend aus afrikanischen Ländern. Geplant sind mehrere Aktionen, unter anderem gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex, zudem sollen öffentliche Versammlungen in Dörfern und Städten entlang der Strecke abgehalten werden (siehe unten).

### *Mali – politischer Hintergrund und Ausgangssituation*

In Westafrika ist die soziale Lage für große Teile der Bevölkerung hochgradig prekär – eine Feststellung, die nicht über die zum Teil erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern der Region hinwegtäuschen sollte. Stichwortartig sei dies am Beispiel Malis verdeutlicht – also jenem Land, das im Zentrum der Bamako-Dakar-Karawane stehen wird: Auf dem *Human Development Index* der *Vereinten Nationen* belegt Mali den 178. Platz, dahinter kommen nur noch die Zentralafrikanische Republik, Sierra Leone, Afghanistan und Niger. Über 60% der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, 33% der Kinder unter 5 Jahren sind unterernährt, gerade mal 50% der Menschen haben Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 53 Jahre, 75% der über 15-Jährigen können weder lesen noch schreiben. Die Gründe für derart desaströse Sozialindikatoren sind ausgesprochen vielschichtig: Jenseits der immer noch gewichtigen Erbschaft des Kolonialismus sind unter anderem folgende Problemkomplexe zu berücksichtigen: Erstens die neoliberalen seit den 1980er lancierten Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, denen die bis heute ungelöste Verschuldungsproblematik nicht nur Malis zugrundeliegt; zweitens viele der im Rahmen des WTO-Prozesses mehr oder weniger erzwungenen Privatisierungen und Marktöffnungen (bereits seit Jahren wird zwischen Afrika und der EU um die Implementierung der so genannten *EPAs/Economic Partnership Agreements* gerungen); drittens die Agrarpolitiken der EU und USA, insbesondere die Praxis der Exportsubventionen; viertens die in ihrem wahren Ausmaß noch überhaupt nicht abschätzbaren Konsequenzen des Klimawandels auf Afrika. Hinzu kommen (vermeintlich) interne Ursachen wie etwa die Instrumentalisierung staatlicher Macht zur persönlichen, oft klientelistisch organisierten Bereicherung seitens der politischen Eliten.

Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass ca. 25% der 12 Millionen MalierInnen als ArbeitsmigrantInnen außerhalb des Landes leben – in Westafrika genauso wie Europa. Wie bedeutsam die von ihnen jährlich zurückgeschickten ca. 300 Millionen Euro sind, zeigt ein simpler Vergleich: Die Summe beträgt weit mehr als die offizielle Entwicklungshilfe, ja sie macht sogar mehr als die Hälfte der Exporteinnahmen Malis aus. Um so katastrophaler ist es, dass die EU schon seit Jahren den Zuzug (nicht nur) afrikanischer MigrantInnen mit nahezu allen Mitteln einzudämmen versucht – denn erwünscht sind lediglich SpezialistInnen wie Krankenschwestern oder ÄrztInnen sowie ein relativ kleiner 'Bodensatz' flexibler Billigarbeitskräfte – unter anderem für

die (südeuropäische) Landwirtschaft.

Das von der EU praktizierte Migrationsmanagement kommt einerseits in immer repressiveren Gesetzen, Durchführungsbestimmungen und Überwachungstechnologien zum Ausdruck, andererseits in der ständigen Vorverlagerung des EU-Grenzregimes. Stellvertretend seien erwähnt: (1) Charter-Abschiebungen – insbesondere nach Afrika; (2) Botschaftsvorfürungen zum Zwecke der Identitätsfeststellung; (3) EU-finanzierte Auffanglager in der Ukraine, Libyen oder Mauretanien; (4) Überwachung innerafrikanischer Grenzen mit EU-finanzierter Technik – betroffen sind beispielsweise sämtliche 17 Grenzübergänge von Mali nach Mauretanien bzw. Algerien; (5) Koppelung von Entwicklungshilfe an die Bereitschaft afrikanischer Regierungen, Rückübernahme- bzw. Abschiebeabkommen mit der EU zu unterzeichnen; (6) systematische Überwachung sämtlicher Seewege in die EU einschließlich Abdrängung aufgespürter Flüchtlingsboote – nicht zuletzt durch Einheiten der EU-Grenzschutzagentur Frontex.

Die genannten und weitere Maßnahmen stellen nicht nur eine systematische Verletzung asyl- und menschenrechtlicher Mindeststandards dar, sie haben auch seit 1993 (damals wurde die allgemeine Visapflicht für afrikanische Länder eingeführt) mehreren zehntausend Menschen das Leben gekostet. Allein dieser Umstand sollte Grund genug, sich für einen gänzlich anderen Umgang mit Migration einzusetzen, womit bereits die Frage der von der Karawane verfolgten Zielsetzungen erreicht wäre.

Entsprechend der inhaltlichen Neu-Ausrichtung globaler Solidaritätsarbeit sollen während der Karawane mindestens vier Punkte zur Sprache kommen:

- Erstens die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen in den Transitländern (Niger, Mauretanien, Marokko, Lybien etc.) genauso wie an den Außengrenzen (Ceuta und Melilla, Türkei und die griechischen Inseln etc.)
- zweitens strukturelle Hintergründe von Flucht und Migration, insbesondere die Zerstörung kleinbäuerlicher Landwirtschaft sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf (West-)Afrika. Hier wird es vor allem um die Kritik an der Cash-Crop Produktion von Baumwolle und Erdnüssen gehen. Ein weiterer Punkt wird der bedrohliche Uran-Abbau in mehreren westafrikanischen Ländern sein, der v.a. der aktuellen Energiepolitik europäischer Länder nutzt. Das Europäische BürgerInnenforum, das mit einigen AktivistInnen an der Karawane beteiligt sein wird, unterstützt schon seit längerem den Protest des westmalischen Dorfes Falea gegen den geplanten Uran-Abbau in unmittelbarer Nähe seiner Siedlungen. In Niger haben ähnliche Projekte bereits schlimme Auswirkungen gezeitigt und beispielsweise in der Stadt Arlit die ohnehin niedrige Lebenserwartung auf 40 Jahre gedrückt (vgl. <http://www.rbb-online.de/kontraste/index.html>)

- drittens die konkrete Arbeit der AME: Erstens in der sozialen, rechtlichen und medizinischen Unterstützung von Abgeschobenen – nicht zuletzt in Hinblick auf den Prozess der Reintegration von Abgeschobenen; zweitens in der politischen Arbeit gegen das EU-Migrationsregime; und drittens im Aufbau selbstbestimmter Entwicklungsperspektiven für Mali, etwa im Bereich ökologische Landwirtschaft (vgl. auch die Webseite der AME: <http://www.expulsesmaliens.info/>).
- viertens die Situation von (afrikanischen) Flüchtlingen und MigrantInnen in Europa – entlang von Stichworten wie Lagerpolitik, rassistische Polizeigewalt oder prekäre Arbeitsverhältnisse (siehe Abschnitt zu Almería). Dieser Part wird v.a. von den Gruppen aus Europa bestritten: u.a. von AktivistInnen der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen*, *NoLager Bremen*, *transact!*, *The Voice Refugee Forum*, der *Oury Jalloh-Initiative*, der *Brandenburger Flüchtlingsinitiative*, *kein mensch ist illegal Hanau*, vom *Antirassistischen Plenum Blankenburg-Oldenburg*, vom *Flüchtlingsrat Hamburg* sowie vom *Europäischen BürgerInnenforum*. Die Realität der europäischen Flüchtlingspolitik soll allerdings nicht zum Thema gemacht werden, um Menschen davor abzuschrecken, ihr Land zu verlassen. Vielmehr soll es darum gehen, über die aktuellen Auseinandersetzungen rund um Asyl- und Migrationspolitik zu informieren und v.a. auch die Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Dadurch erhoffen wir uns, die transnationalen Verbindungen zwischen afrikanischen MigrantInnen in Europa in ihre Herkunftsländer, die ohnehin in vielfältiger Weise bestehen, sowie zwischen Basisinitiativen da und dort politisch zu stärken.

Aktionen sind (bislang) drei geplant: Erstens gegen das EU-finanzierte Migrationszentrum *CIGEM* in Bamako (eine Einrichtung, die in erster Linie gegen unerwünschte Migration gerichtet ist); zweitens gegen illegale bzw. völkerrechtswidrige, ebenfalls EU-finanzierte Rückschiebungen von Mauretanien nach Mali, (es handelt sich um MigrantInnen und Flüchtlinge aus Subsahara-Ländern, die bei ihrem – mutmaßlichen – Versuch festgenommen wurden, in Boote gen Europa einzusteigen); drittens gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex in Dakar. Jenseits dessen werden an den einzelnen Stationen der Karawane politische Versammlungen mit der lokalen Bevölkerung stattfinden – sowohl zu den Hintergründen von Flucht und Migration als auch zur Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen in den Transitländern bzw. der EU. Der genaue Zuschnitt dieser Versammlungen wird von AktivistInnen der AME zusammen mit den lokalen Vorbereitungskomitees ausgearbeitet – nicht zuletzt unter Berücksichtigung der je spezifischen Interessenlagen (so wird es im senegalesischen Kaolack eine Versammlung zu afrikanischem Feminismus und Migration geben). In diesem Zusammenhang sollte im Übrigen auch beachtet

werden, dass sämtliche AktivistInnen der *AME* selbst Abschiebeerfahrungen durchlaufen haben. Der von der *AME* ins Spiel gebrachte Vorschlag zu migrationsbezogenen Versammlungen (auch unter Beteiligung von afrikanischen AktivistInnen, die heute in Europa leben), ist also ein strategisches Konzept, das aus der Selbstorganisation afrikanischer MigrantInnen hervorgegangen ist.

Ob Migration, Landwirtschaft oder Klima, die Bamako-Dakar-Karawane soll lediglich einen ersten Schritt in dem langfristig angelegten Bemühen darstellen, transnationale Netzwerke zwischen sozialen Basisbewegungen in Afrika und Europa aufzubauen. Hintergrund ist die prinzipielle Überzeugung, wonach sich an den historisch gewachsenen Ungleichheits-, Macht- und Dominanzverhältnissen zwischen armen und reichen Weltregionen langfristig nur etwas ändern lässt, wenn soziale Bewegungen (oder allgemeiner: zivilgesellschaftliche Akteure) in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt (also nicht nur über über einzelne Delegierte 'vermittelt') zusammenarbeiten. Dabei sollte der Entwicklung gemeinsamer Analysen, Strategien und Visionen besondere Bedeutung zugeschrieben werden. Denn nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökologischen Gründen – Stichwort Klimawandel - ist es heute dringlicher denn je, eine umfassende Neubestimmung dessen vorzunehmen, was unter einem guten Leben und somit unter einer wünschenswerten gesamtgesellschaftlichen Entwicklung an sich zu verstehen ist – im Norden genauso wie im Süden des Globus.

### **Materialien:**

EBF, NoLager Bremen: „Peripherie & Plastikmeer. Globale Landwirtschaft – Migration – Widerstand.“ Wien, 2009

g8 Büro im hessischen Flüchtlingsrat: „Texte zu Flucht und Migration – zu den Aktionstagen gegen den g8-Gipfel im Juni 2007. Dokumentation und Diskussion“

Phase 2: Interview mit Olaf Bernau zu Internationalismus (August 2010)

transact!: „infopoint during NoBorder Lesvos 2009“ <http://transact.noblogs.org/>

Zeitung des Aktionsnetzwerks Globale Landwirtschaft zum g8-Gipfel in Heiligendamm Juni 2007: „Widerstand ist fruchtbar – Ernährungssouveränität jetzt!“ [www.g8-landwirtschaft.net](http://www.g8-landwirtschaft.net)